

**DR. NINA SCHEER**

**SPD**

BUNDESTAGSABGEORDNETE  
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD



## NEWSLETTER

**2/2017**

**+ + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + +**



Meine Veranstaltungsreihe „Querlesen“ am 04.04. im Otto-Hahn-Gymnasium Geesthacht.



Foto: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR

Am 24.04. besuchten mich im Rahmen einer BPA-Fahrt die Wirtschaftlichen Vereinigungen aus meinem Wahlkreis unter dem Motto „Mittelständische Wirtschaft“ in Berlin.



„Zukunft in Europa“ – ein Diskussionsabend in Glinde am 04.07. mit Prof. Dr. Gesine Schwan. Im Bild mit Martin Habersaat und Okke Wismann.



Foto: Hermann J. Müller

Mit Martin Schulz für mehr Gerechtigkeit.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,  
liebe Genossinnen und Genossen,

Die letzten Monate waren geprägt von einer Aufarbeitung der vergangenen Landtagswahlen, Programmgestaltung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl sowie der zu Ende gehenden Legislaturperiode.

Kathrin Wagner-Bockey gratuliere ich herzlich zur Direktwahl; Martin Habersaat und Tobias von Pein zum Wiedereinzug in den Landtag. Auch Manfred Börner hat kräftig und überzeugend gekämpft; ihm möchte ich nochmal an dieser Stelle persönlich für sein Engagement danken.

Verstärkt waren die parlamentarischen Verfahren der letzten Monate durch das Bestreben der Union gekennzeichnet, SPD-seitig vorangebrachte Änderungsvorhaben zu blockieren oder zu konterkarieren. So konnte erst durch eine offenkundig missglückte Ausdrucksweise der Bundeskanzlerin – nachdem Angela Merkel die Entscheidung als Gewissensentscheidung bezeichnet hatte – die Ehe für alle eingeführt werden. Die bundesweite Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte wurde zeitlich so gestreckt, dass es möglicherweise für Schleswig-Holstein, Niedersachsen und die ostdeutschen Bundesländer nicht die geforderte Entlastung bewirken wird – aber eben dies wäre Sinn und Zweck des Gesetzes gewesen. Das Gebäude-Energie-Gesetz wurde nach zahlreichen Verwässerungen komplett blockiert. Weitere Beispiele ließen sich nennen. Es gab häufig die Situation, in der ich die Koalition mit Blick auf eine unionsseitig provozierte Einigungsunfähigkeit als für beendet ansah.

Dennoch verblieben Vorhaben, die zur Verabschiedung gebracht werden konnten, etwa die Pflegeberufereform. Auch ein umfassendes Grundgesetz-Änderungspaket wurde beschlossen, darunter Rahmenbedingungen für eine Infrastrukturgesellschaft mit Privatisierungsausschluss, eine Einschränkung des Kooperationsverbots, Neuregelungen zum Bund-Länder Finanzausgleich sowie eine Verlängerung des Unterhaltsvorschlusses.

In diesem Sinne:

Anregendes Lesen wünscht  
Ihre und eure



Dr. Nina Scheer  
SPD-Bundestagsabgeordnete  
Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd



## Inhalt

• Themenauswahl .....	3
• Leitartikel: Europa der Vielfalt – im Zeichen von Demokratie.....	3
• Aus dem Parlament .....	5
• Aktuelle Themen .....	11
• Aktuelles aus Berlin .....	13
• Zu Gast bei Kollegen .....	16
• Eigene Veranstaltungen.....	17
• Unterwegs im Wahlkreis .....	19
• Mein Team .....	22
• Eigene Termine .....	23
• Bilderschau .....	24

## Themenauswahl

### Leitartikel: Europa der Vielfalt – im Zeichen von Demokratie

Das Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der EU, Entscheidungen zu Freihandelsabkommen, zur Rettung Griechenlands, weltweite Fluchtbewegungen, bei uns Schutz suchende Menschen, aber etwa auch Herausforderungen zur Eingrenzung des Klimawandels sowie Maßnahmen zum Schutz vor dessen Auswirkungen zeigen auf, vor welch immensen Herausforderungen sich die Weltgemeinschaft, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gestellt sehen. Dies wird noch um die Herausforderung eines einigungsfähigen Europas ergänzt. Ein europäischer Gestaltungsanspruch setzt wiederum voraus, dass er demokratisch solide geerdet ist.

Unmittelbar nach dem Brexit-Referendum wurde richtigerweise eine Stärkung demokratischer Strukturen diskutiert; eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Dies findet sich auch in dem Gerechtigkeitspapier des SPD-Landesverbandes wieder.

Als Kennzeichen und Anknüpfungspunkte für die Reformbedürftigkeit der EU erkenne ich zwei Subsidiaritätsrügen seitens Deutschlands gegenüber der Europäischen Kommission:

Eine Rüge betrifft die Dienstleistungsrichtlinie, in deren Umsetzung ein Konflikt mit dem Erhalt des vom Deutschen Bundestag auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion verteidigten Meisterbriefes gesehen wird. Die andere betrifft Entwürfe der Kommission für eine Energie-Union, hier das sogenannte Winterpaket (Clean Energy for All Europeans) – eine Art Europäisierung der Energiepolitik. Auch hier mahnte Deutschland an, keine Einmischung in nationale Gestaltungshoheiten vorzunehmen, die mit dem Vertrag von Lissabon in Fragen des Energiemixes in mitgliedstaatlicher Hand liegen.

Die betreffenden Regelungsrahmen tragen die Handschrift der Europäischen Kommission und nicht die von Volksvertreterinnen und Volksvertretern. Beide Regelungsrahmen lassen eine Vernachlässigung mitgliedstaatsspezifischer kultureller und systemischer Unterschiede erkennen. Es bedarf einer Stärkung parlamentarischer Beteiligung – zu einem früheren Zeitpunkt der Gestaltung.

Die mit dem EU-Energiepakt zu klärenden Fragen werfen somit zugleich eine ganz grundsätzliche Frage auf: Wie gehen wir mit Kompetenzüberschneidungen zur Ausgestaltung des Binnenmarktes in EU-Zuständigkeit auf der einen Seite und Artikel 192 sowie 194 des Vertrages von Lissabon auf der anderen Seite um, wonach der Energiemix Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist? Dies betrifft auch Maßnahmen, die die allgemeine Struktur der Energieversorgung eines Mitgliedstaates erheblich berühren.

Am Beispiel Deutschlands lässt sich gut erkennen, wie sich dieses Spannungsverhältnis darstellt: Mit einem wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien, insbesondere Wind und Solar und damit sogenannten fluktuierenden Energien, steigt der Bedarf an Flexibilitäten, um eine Versorgung kontinuierlich aufrechtzuerhalten. Sinnvollerweise sind hierbei Synergien zu heben, sowohl in Form einer Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität als auch unter Einbindung bereits vorhandener oder auszubauender Infrastruktur. Wenn etwa die Einbeziehung von Speichern sowohl mit Blick auf kontinuierliche Verfügbarkeit von Energie als auch für die Mobilität gelingt, ist dies ökonomisch sinnvoll und lässt uns schneller sektorübergreifend den klimapolitisch und ressourcenverknappungsbedingt notwendigen Umstieg auf Erneuerbare Energien gelingen. Dies ist auch aus Gründen der Gerechtigkeit wichtig: Nicht erst, wenn der Klimawandel um sich greift und verknappte Energieressourcen zum Spekulationsobjekt werden, sollten wir die Energiewende vollzogen haben. Die skizzierte Entwicklung bedeutet aber auch, dass sich Fragen des Energiemixes, des Einsatzes von Energie und Fragen der Energievermarktung sowie Energieverbringung immer enger miteinander verflechten. Damit wird ein Auseinanderhalten der unterschiedlichen Kompetenzen immer schwerer.

Im Lichte der Subsidiarität und der geschilderten Zusammenhänge muss stärker berücksichtigt werden, welcher Bereich der Energiewirtschaft sinnvollerweise als Angelegenheit der Mitgliedstaaten in deren Regelungshoheit verbleibt. Der europäische Energiemarkt sollte regelungstechnisch nicht stärker zusammenwachsen, als dies der Umgang mit dem jeweiligen Energiemix der Mitgliedstaaten mit Blick auf alle Sektoren sinnvollerweise erlaubt. Im Sinne der Subsidiarität sollten Staaten Netzmanagementaufgaben insoweit regelungstechnisch vorbehalten bleiben, wie dies mit Blick auf ihren jeweiligen Energiemix sinnvollerweise ihrerseits zu regulieren ist. Andernfalls droht insbesondere in solchen Staaten die Energiewende ins Stocken zu geraten, in denen ein vergleichsweise hoher Flexibilitätsbedarf besteht, somit in Staaten mit einem wachsenden bzw. hohen Anteil Erneuerbarer Energien. Damit würden wir weder unseren internationalen Klimaschutzverpflichtungen gerecht noch den mit der Energiewende gegebenen Chancen.



## Aus dem Parlament

### Kuratoriumsmitglied der Entsorgungsfonds-Stiftung

Am 09. März 2017 wurde ich in das Kuratorium der Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung gemäß Paragraf 4 des Entsorgungsfondsgesetzes“ (14 Mitglieder, 14 stellv. Mitglieder) gewählt, das auf Grundlage des Entsorgungsfondsgesetzes im Rahmen der Neuregelung zu Atomenergie-Folgelasten Ende 2016 beschlossen wurde (Drucksache 18/10469, vgl. mein Newsletter 4/2016, S. 9). Das Kuratorium trat am 29. März erstmalig zusammen.

Im Umgang mit den Fondsgeldern habe ich mich sowohl bei Schaffung der gesetzlichen Grundlagen als auch in Ausgestaltung der Satzung dafür eingesetzt, dass die Geldanlagen dem übergeordneten Willen des Gesetzgebers entsprechen, aus der Atomenergienutzung auszusteigen sowie an Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden.

Zum 03. Juli 2017 wurden die in den Fonds einzubringenden Gelder in Höhe von 24,1 Mrd. Euro gesetzesgemäß überwiesen, die es nun nachhaltig anzulegen gilt. Hierfür setzt das Kuratorium einen Vorstand ein und bildet einen Anlageausschuss. Beide Gremien wurden bereits interimswise besetzt, um die Gelder ohne Zeitverlust anlegen zu können. Das Gesetz musste zunächst in Kraft treten und eine beihilferechtliche Prüfung durchlaufen.

### Bund-Länder-Finanzreform & Verkehrsinfrastrukturgesellschaft & Unterhaltsvorschuss & Aufbrechen des Kooperationsverbots

Ende Mai verabschiedeten wir ein umfangreiches Grundgesetz-Änderungs-Paket, darunter die Bund-Länder-Finanzreform, die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft, die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses und ein Aufbrechen des Kooperationsverbots.

Im Vorfeld hatten sich nach mehr als zwei Jahren Verhandlungen die Länder und die Bundesregierung – ohne Beteiligung des Parlaments – auf eine **Neuordnung der Finanzbeziehungen** für die Zeit nach 2019 verständigt. Danach übernimmt der Bund im Ergebnis künftig eine deutlich stärkere Rolle beim Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Bundesländern. Finanzstarke Länder sollen dabei entlastet werden. Diesen Ansatz sehe ich kritisch; ich halte es für nicht sachgerecht, dass ein solch wesentlich die Ausgeglichenheit von Lebensverhältnissen und Entwicklungsperspektiven innerhalb Deutschlands mitbestimmendes Regelwerk ohne inhaltliche Beteiligung des Deutschen Bundestages erfolgt. Zugleich drängt die Zeit und Notwendigkeit einer Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs, da die bisherige Solidarsystematik ausläuft. So verbleibt bis heute nur die Möglichkeit, die bereits zwischen den Ländern und der Bundesregierung geeinigte Neuregelung seitens des Bundestages zu beschließen.

Ferner enthalten ist die Gründung einer **Verkehrsinfrastrukturgesellschaft** des Bundes, die den Bau, die Planung und Verwaltung der Autobahnen und weiterer Bundesstraßen neu organisieren soll. Auf Druck der SPD wurden die Pläne von CDU-

Finanzminister Wolfgang Schäuble und CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt, private Unternehmen umfangreich an den Autobahnen in Deutschland beteiligen zu können, entscheidend entschärft. Die Position der SPD hat sich im parlamentarischen Verfahren nicht geändert: Von Beginn an haben wir uns klar gegen eine Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur ausgesprochen und entsprechende Änderungen an den Gesetzentwürfen eingefordert. In mehreren Verhandlungsrunden mit dem Koalitionspartner konnten wir somit umfangreiche Änderungen durchsetzen und Privatisierungsschranken einziehen. Zusammengefasst konnten wir diesbezüglich Folgendes durchsetzen:

1. „Eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Dritter an der Infrastrukturgesellschaft und möglichen Tochtergesellschaften ist ausgeschlossen.“ Dies wird verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich geregelt.
2. Eine funktionale Privatisierung durch die Übertragung eigener Aufgaben der Gesellschaft auf Dritte, z.B. durch Teilnetz-ÖPP, wird ausgeschlossen. In Artikel 90 Absatz 2 des Grundgesetzes wird dazu der Satz eingefügt: "Eine Beteiligung Privater im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften ist ausgeschlossen für Streckennetze, die das gesamte Bundesautobahnnetz oder das gesamte Netz sonstiger Bundesfernstraßen in einem Land oder wesentliche Teile davon umfassen."
3. Eine Übertragung von Altschulden auf die Gesellschaft wird ausgeschlossen.
4. Die Gesellschaft wird nicht kreditfähig. Damit ist die Gefahr einer Aufnahme von privatem Kapital zu hohen Zinsen gebannt. Um effizient wirtschaften und "atmen" zu können, kann die Gesellschaft aber Liquiditätshilfen (zinslose Darlehen) aus dem Bundeshaushalt erhalten - wie andere Bundesgesellschaften auch.
5. Das wirtschaftliche Eigentum an den Fernstraßen geht nicht an die Gesellschaft über, sondern bleibt beim Bund. Die Übertragung und die Überlassung von (Nießbrauch-)Rechten werden ausgeschlossen.
6. Mautgläubiger bleibt der Bund (für Lkw-Maut und Pkw-Maut). Die Option, dass die Gesellschaft das Mautaufkommen direkt vereinnahmen kann, ist gestrichen. Die zweckgebundenen Einnahmen (Lkw-Maut, Pkw-Maut) fließen der Gesellschaft wie bisher über den Bundeshaushalt zu.
7. Das Verkehrsministerium kann Befugnisse und Aufgaben der Gesellschaft und des Fernstraßen-Bundesamtes nur dann auf andere vom Bund gegründete Gesellschaften übertragen, wenn diese im ausschließlichen Eigentum des Bundes stehen.
8. Spartengesellschaften sind ausgeschlossen. Zur Herstellung der Präsenz in der Fläche kann die Gesellschaft aber bedarfsgerecht bis zu zehn regionale Tochtergesellschaften gründen, die denselben Restriktionen unterliegen wie die Muttergesellschaft.
9. Die Gesellschaft wird als GmbH errichtet. Die Evaluationsklausel, die eine einfache Umwandlung zur AG ermöglicht hätte, wird gestrichen.
10. Der Gesellschaftsvertrag (= Satzung) der GmbH und wesentliche Änderungen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Haushaltsausschuss und den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages.

11. Eine unabhängige externe Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gesellschaft sowie möglicher Töchter wird sichergestellt, indem entsprechende Prüfrechte des Bundesrechnungshofes verankert werden.

12. Kontroll- und Einflussmöglichkeiten des Parlaments auf Verkehrsinvestitionen bleiben vollumfänglich erhalten.

13. Der fünfjährige Finanzierungs- und Realisierungsplan für Verkehrsinvestitionen der Gesellschaft bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Haushaltsausschuss und den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages (während dieser 5-Jahresplan nach heutigem Recht den Ausschüssen vom Verkehrsministerium nur "zur Kenntnis" und damit ohne Zustimmungsvorbehalt vorgelegt wird).

Für die ca. 11.000 Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen der Länder, die in den nächsten Jahren vermutlich überwiegend zum Bund wechseln werden, konnten wir folgende Verbesserungen erreichen:

1. Zum Personalübergang von den Straßenbauverwaltungen der Länder werden - abweichend vom Regierungsentwurf - die Mitbestimmung der Beschäftigten gestärkt, die Freiwilligkeit zum Prinzip erhoben und die vorgesehenen Eingriffe in die Tarifautonomie korrigiert - Kernforderungen der Gewerkschaften werden damit umgesetzt.

2. Der Bund wird alle wechselbereiten Beschäftigten (bis zu 11.000 Beamte, Arbeitnehmer und Auszubildende) übernehmen. Nicht wechselbereite Beschäftigte bei Ländern und Kommunen werden weiterbeschäftigt, deren Personalkosten werden den Ländern voll erstattet.

3. Das Widerspruchsrecht wird unmissverständlich verankert: Die Vorschriften des § 613 a BGB über den Betriebsübergang finden analog Anwendung. Die Weiterverwendung erfolgt grundsätzlich am bisherigen Arbeitsplatz und Arbeitsort.

4. Für die Beschäftigten bei der Gesellschaft sind Tarifverträge abzuschließen. Für die Überleitung der Beschäftigten werden Überleitungstarifverträge angestrebt. Beides wird gesetzlich geregelt.

5. Die Personalvertretungen werden an der Arbeit des begleitenden Bund-Länder-Gremiums beteiligt, sofern Belange der Beschäftigten berührt sind.

6. Der Übergang erfolgt zügig, die neue Struktur soll schnell leistungsfähig sein. Die Gesellschaft soll deutlich früher den Betrieb aufnehmen als zum 1. Januar 2021, wie im Regierungsentwurf vorgesehen. Sie wird 2018 gegründet. Ferner wird die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) zum 1. Januar 2019 auf die neue Gesellschaft verschmolzen, anstatt ihre Aufgaben schrittweise zu übertragen und die VIFG dann aufzulösen.

7. Die Auftragsverwaltung kann schon vor dem 31. Dezember 2020 beendet werden. Die Gesellschaft kann ab dem 1. Januar 2020 im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land die Planung und den Bau von Bundesautobahnen wahrnehmen.

8. Sobald ein Land sein auf die Gesellschaft zu übertragendes Personal und die Sach-mittel vollständig übertragen hat, übernimmt der Bund auch vor 2021 die

Kosten für die vom Bund veranlassten Planungen. Damit wird Fehlanreizen für die Länder bei ihren Planungsleistungen entgegengesteuert.

Mit einem weiteren Baustein des Gesetzespakets werden **3,5 Mrd. Euro für die Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen** zur Verfügung gestellt. Dadurch kann der teils massive Sanierungsstau an deutschen Schulen - zumindest teilweise - beseitigt werden. Ermöglicht wird dies durch den **Aufbruch des im Grundgesetz verankerten Kooperationsverbots**. Dies hat die SPD durchgesetzt.

Im Gesamtpaket findet sich eine wesentliche Erleichterung für alle Alleinerziehenden und ihre Kinder: Der **Unterhaltsvorschuss** wird deutlich ausgebaut. Zum einen wird die Altersgrenze angehoben von jetzt 12 auf 18 Jahre. Zum anderen wird die bisherige zeitliche Befristung von maximal 6 Jahren Bezugsdauer abgeschafft. Der Bund beteiligt sich nach der Ausweitung deutlich mehr an den Kosten des Unterhaltsvorschusses. Da es für Alleinerziehende besonders schwer ist, Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren, ist diese Reform ein großes Stück mehr Gerechtigkeit in unserem Land.

Insgesamt habe ich dem Gesetzespaket in einer Abwägung zugestimmt, wonach die Verbesserungen gegenüber eventuell eintretenden Verschlechterungen überwiegen. Zwar war ein völliger Ausschluss von ÖPP im Grundgesetz mit dem Koalitionspartner nicht zu realisieren. Mit den ergänzenden einfachgesetzlichen Schranken wird aber eine Eingrenzung von ÖPP vorgenommen, die es mit der bisherigen Rechtslage nicht gab. ÖPP wird somit nun weitgehend ausgeschlossen. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass unter einer zukünftigen, etwa schwarz-gelben Koalition im Deutschen Bundestag die gesetzlichen Restriktionen, die wir von der SPD eingebracht haben und für die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes beschlossen hatten, ausgehebelt werden könnten: Mit dem vorliegenden Gesetzespaket konnten wir leider nicht so weitgehende Privatisierungsschranken grundgesetzlich sichern, dass nicht mit anderen Mehrheitsverhältnissen und einfachgesetzlichen Änderungen einige jetzt eingezogenen Schranken wieder aufgebrochen werden können; die Unionsfraktion hat leider alle noch weitergehenden grundgesetzlichen Schranken verweigert. Eben dieser Aspekt, wie auch die Frage, ob die zu gründende Infrastrukturgesellschaft zu zeitlichen Verzögerungen in der Umsetzung von anstehenden Bauvorhaben führen können, wirken als politische Aufgabe fort und sollten als Appell verstanden werden, mit der anstehenden Bundestageswahl kein Mehrheitsverhältnis zu ermöglichen, das für Privatisierung spräche.

## **Reform der Pflegeausbildung**

Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner konnte der Deutsche Bundestag am 22. Juni das Pflegeberufereformgesetz (PflBG) verabschieden. Damit wird die Attraktivität des Pflegeberufes maßgeblich gesteigert und die zukünftige Versorgung durch qualifizierte Fachkräfte gesichert. Kernpunkte sind die Abschaffung des Schulgeldes und der Anspruch der Auszubildenden auf eine angemessene Ausbildungsvergütung.



Die bisher drei Ausbildungsgänge der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege sind nun in einer generalistischen Pflegeausbildung zusammengefasst. In den ersten beiden Jahren durchlaufen alle Auszubildenden eine gemeinsame Ausbildung. Die Krankenpflegeausbildung erfolgt künftig über die komplette Ausbildungszeit nach dem generalistischen Modell. Die Auszubildenden der Alten- und Kinderkrankenpflege können nach zwei Jahren wählen, ob sie jene fortsetzen oder das dritte Lehrjahr ausschließlich im jeweiligen Fachbereich absolvieren möchten. Im Rahmen der einheitlichen Ausbildung ist eine Schwerpunktsetzung auf einen der drei Fachbereiche vorgesehen.

Das Gesetz tritt am 01. Januar 2018 in Kraft. Nach sechs Jahren findet eine Evaluation statt, wie viele Auszubildende den generalistischen Abschluss gewählt haben. Bei mehr als 50 Prozent soll der eigenständige Berufsabschluss auslaufen. Darüber hat der Deutsche Bundestag zu entscheiden.

Als weiterer Qualifizierungsweg wird ein Pflegestudium eingeführt.

Mit dem verabschiedeten Gesetz steigern wir die Attraktivität des Pflegeberufs. Die bisherigen Gehaltsunterschiede zwischen der Alten- und Krankenpflege verringern wir durch die Ausbildungsreform. Dies wird zu Lohnsteigerungen in der Altenpflege führen.

Bereits im November 2016 diskutierte ich in Reinbek im Rahmen einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung unter anderem die anstehende Reform der Pflegeberufsausbildung mit meinem Fraktionskollegen Prof. Dr. Karl Lauterbach.

## **Ehe für alle**

In der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode hat der Deutsche Bundestag am Freitag, den 30. Juni 2017, mit 393 Ja-Stimmen die „Ehe für alle“ verabschiedet. Die Abgeordneten der Opposition und der SPD haben geschlossen für den Gesetzentwurf gestimmt. Aus der Unions-Fraktion stimmten 225 Abgeordnete dagegen und 75 dafür.

Damit können gleichgeschlechtliche Paare endlich die Ehe eingehen und erhalten das volle Adoptionsrecht. Das bisherige Modell der „Eingetragenen Lebenspartnerschaft“ wird somit abgelöst. Auch ich habe mit „Ja“ für den Gesetzentwurf gestimmt. Die Ehe, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung eingehen zu können, halte ich für eine Frage der Gleichberechtigung. Das gleiche gilt für die Adoption von Kindern, die sich nach dem Kindeswohl zu richten hat, somit danach, ob ein Kind menschliche Nähe und Fürsorge erlebt. Die bislang geltende Einschränkung der Ehe und Adoption auf Mann und Frau bildet nicht die Lebenswirklichkeit vieler Paare ab. So erklärt sich auch, dass viele gleichgeschlechtliche Paare in der Vergangenheit im Ausland heirateten. Die eingetragene Lebenspartnerschaft war zwar schon ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung, aber eben noch kein vollkommener.

## Energie

Wie vergangene Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet, können sich nun auch Mieter aktiv an der Energiewende beteiligen. Das hat die SPD mit einem **Mieterstrom-Gesetz** durchgesetzt.

Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der etwa durch eine Solaranlage auf dem Dach eines Wohngebäudes oder auf einer Garagenanlage erzeugt und direkt an die Mieter geliefert wird, ohne das öffentliche Stromnetz zu nutzen.

Beim Mieterstrom fallen keine Netzentgelte an, weil das, was vor Ort produziert wird, auch dort verbraucht wird. Ebenso entfallen Konzessionsabgaben, Umlagen und Stromsteuer. Lediglich die EEG-Umlage muss von den Mietern bezahlt werden. Der Strom muss Mietern mindestens 10 % günstiger als der örtliche Grundversorgertarif angeboten werden. Der Vermieter bekommt dann je nach Größe der Photovoltaikanlage einen Zuschlag von 2,21 Cent pro Kilowattstunde bis zu 3,81 Cent pro Kilowattstunde zusätzlich zu dem Umsatz, den er durch den Stromverkauf an die Mieter einnimmt. Der Zuschlag wird über die EEG-Umlage finanziert.

Mieter können wählen, ob sie den Strom von ihrem Vermieter oder von einem anderen Stromanbieter beziehen. Der Mieterstromvertrag hat eine Laufzeit von einem Jahr und kann unabhängig vom Mietvertrag gekündigt werden. Der Vermieter kann Dritte, zum Beispiel Stadtwerke, mit dem Verkauf von Strom beauftragen. Für in das Stromnetz eingespeisten Strom erhält der Vermieter die reguläre Einspeisevergütung nach dem EEG.

Auch wenn das Gesetz auf Drängen des Koalitionspartners mit dem Ausbaulimit einer jährlichen Leistung in Höhe von 500 Megawatt versehen wurde und entsprechend genutzte Wohngebäude oder Wohnanlagen über eine Wohnfläche von mindestens 40 Prozent verfügen müssen, erleichtert das Mieterstromgesetz nun in einem ersten Schritt die Energiewende in Regionen mit viel Mietflächen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wollte die Vermieter zusätzlich durch eine Anpassung im Gewerbesteuer- und Körperschaftssteuerrecht unterstützen. Doch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat dieses Vorhaben blockiert.

Nach langem Ringen konnte letztlich doch noch eine Einigung mit dem Koalitionspartner zur **Angleichung der Übertragungsnetzentgelte** (Gesetz zur Modernisierung der Übertragungsnetzentgelte, NEMoG), erreicht werden. Dies war ein überfälliger Schritt, der immer wieder auch von der sozialdemokratisch geführten schleswig-holsteinischen Landesregierung gefordert wurde. Nach dem bisherigen System werden von den deutschlandweit vier Übertragungsnetzbetreibern je nach ihren Gebieten und dem dortigen Netzausbau stark divergierende Netzentgelte verlangt. Mit dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet sind unter anderem in Schleswig-Holstein vergleichsweise hohe Netzentgelte zu leisten.

Als Gemeinwohl- und Daseinsvorsorge-Aufgabe müssen Infrastrukturausgaben solidarisch und nicht einseitig von Kunden eines Übertragungsnetzbetreibers getragen

werden – so wäre es jedenfalls gerecht. Leider ist es aufgrund der widerstreitenden Haltung der Union nicht gelungen, zeitnah zu einer Solidarisierung der Übertragungsnetzentgelte zu gelangen. Die Angleichung erfolgt nun erst zu 2023. Gerade die Stromkunden aus dem Energiewendeland Schleswig-Holstein, wie etwa auch aus den neuen Bundesländern, hätten mit den von Seiten der SPD unterbreiteten Vorschlägen viel früher und durchgreifender Entlastungen erfahren können. So bleibt abzuwarten, ob sich die neu gefassten Regelungen für Schleswig-Holstein überhaupt entlastend auswirken werden. Sollten ab 2023 die vor Ort kostenseitig umgelegten Infrastrukturvorhaben weitestgehend abgeschlossen sein und dann erst in anderen Netzgebieten beginnen, würde eine dann erst einsetzende bundesweite Wälzung der Kosten gar zu einer Mehrbelastung der hiesigen Stromkunden führen.



Link zur Öffentlichen Anhörung am 17. Mai 2017:

<http://www.bundestag.de/ausschuesse18/a09/anhoerungen/inhalt-anhoerung-netzentgeltmodernisierung/506164>

<http://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7106784>

## Aktuelle Themen

### Elbe-Lübeck-Kanal

Wie jüngst bekannt gewordenen, prüft CSU-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt **öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)** für Bundeswasserstraßen, so auch für den Elbe-Lübeck-Kanal sowie für Schienenverkehrsinfrastruktur. Meiner Auffassung nach gehört die Verkehrsinfrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand. ÖPP-Infrastrukturprojekte enthalten faktische Privatisierung. Die Einbindung von Privatwirtschaft erzeugt Renditeerwartungen, die dem Zweck von Daseinsvorsorge widersprechen. Mit Daseinsvorsorge gilt es einen Versorgungsauftrag und gerechte Teilhabemöglichkeiten zu erfüllen und eben nicht, Gewinne zu erzielen. Erst mit der kürzlich beschlossenen Grundgesetzänderung zum Umgang mit Bundesfernstraßen wurde auf Druck der SPD gegenüber CDU/CSU eine Absage an Privatisierung erteilt sowie ÖPP-Projekte weitgehend ausgeschlossen. Gerade vor dem Hintergrund der

Grundgesetzänderung mit begleitenden Bundesgesetzen zu Bundesfernstraßen halte ich es für verfehlt, Privatisierungen durch ÖPP-Projekte nun auf Wasserstraßen und Schienen zu verfolgen.

In Bezug auf den Elbe-Lübeck-Kanal und den laut Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen **Ausbau** plädiere ich für die Einrichtung einer **Projekt-Begleitgruppe**. Hierfür habe ich mich unter anderem im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung des BUND in Güster offen ausgesprochen. Die Öffentlichkeit, Bürgerinnen und Bürger vor Ort, Wirtschafts- und Umweltverbände sowie Vereine sollten einbezogen werden, um das Wie des Kanalausbaus im Zuge der nun beginnenden Planungsarbeiten im Austausch mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt sowie ihren Bundestagsabgeordneten konstruktiv und mit Blick auf Verhältnismäßigkeit zu beleuchten. Neben der Nutzung für Gütertransporte sollten in die Abwägungen etwa auch Tourismus, Naherholung, gewachsene örtliche Strukturen sowie der Erhalt von Biodiversität sowie Umwelt- und Naturschutzbelange einbezogen werden. Auch wenn es für den Erhalt des Kanals mit Blick auf die Schleusen und deren zehnjährige Planungs- und Realisierungszeiten notwendig war, den Elbe-Lübeck-Kanal im Bundesverkehrswegeplan 2030 aufzunehmen, müssen Art und Umfang des Ausbaus in der bevorstehenden Planungsphase in einer Gesamtabwägung ausgewogen und insgesamt gemeinwohlorientiert ausgestaltet werden.

## **Brennelementesteuer**

Am 07. Juni veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht seinen Beschluss zur Unvereinbarkeit des Kernbrennstoffsteuergesetzes mit dem Grundgesetz.

Die Bewertung des Gerichts darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Atomenergiewirtschaft über Jahrzehnte in hohem Maße Subventionen erhielt, ohne die sich Atomenergie längst als unwirtschaftlich herausgestellt hätte.

Die Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts verdeutlichen, dass das Recht des Staates, eine finanzielle Belastung der Atomenergiegewinnung mit dem Ziel einer entsprechenden Entlastung der Allgemeinheit vorzunehmen, im Grundsatz nicht in Frage gestellt wurde. Lediglich die Form der Erhebung wurde als verfassungswidrig eingestuft.

Vor diesem Hintergrund, zumal im Kontext der bereits gesetzlich beschlossenen Neuregelung zur Finanzierung der Entsorgung, käme es einer Bereicherung an der Allgemeinheit gleich, wenn die Atomenergiekonzerne die bereits in den Stromkosten der letzten Jahre enthaltenen Steuern vom Staat zurückforderten, der Anteil an den Folgekosten, den die Allgemeinheit ohnehin zu tragen hat, aber gleich bliebe. Ein gegenüber der Gesellschaft gerechter Umgang mit der nun gegebenen Rechtslage wäre ein Verzicht auf eine Rückabwicklung der Steuerflüsse, jedenfalls aber eine Aufstockung der Entsorgungsfondseinzahlung um den Betrag der geleisteten Kernbrennstoffsteuer.



Es ist beschämend, dass schwarz-gelb in der vergangenen Legislaturperiode keine verfassungskonforme Kernbrennstoff- bzw. Brennelementesteuer hinbekommen hat. Es verwundert nicht, dass die CDU/CSU-Fraktion auch in dieser Legislaturperiode alle Ansätze verweigert hat, die finanzielle Belastung der Allgemeinheit im Zusammenhang mit den Folgekosten der Atomwirtschaft zu verringern. Von unserem Koalitionspartner erwarte ich Vorschläge zur Kompensation der nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entstehenden Finanzlücken.

## Aktuelles aus Berlin

### Berlinbesuch der Wirtschaftlichen Vereinigungen

Dreimal jährlich lade ich je 50 Bürgerinnen und Bürger zu Berlinfahrten ein, organisiert vom Bundespresseamt. Traditionell verknüpfe ich die Berlinfahrten mit einem ausgewählten politischen Themenschwerpunkt bzw. Personenkreis. Bei der zweiten Fahrt in diesem Jahr, vom 24. bis zum 26. April, waren Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigungen Lauenburg, Geesthacht und Schwarzenbek zu Gast.



Unser Austausch betraf unter anderem energiepolitische Fragen, die Arbeitsweisen des Parlaments, den Umgang mit rechtspopulistischen Bewegungen in Europa und auch Fragen der Digitalisierung. Ich unterstrich dabei die Bedeutung des Mittelstandes als Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Fast 60 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 82 Prozent der Auszubildenden sind im Mittelstand tätig. Insofern schätze ich den Austausch mit den Gewerbetreibenden vor Ort sehr, auch mit Blick auf zukünftige oder fortzuentwickelnde Wirtschaftsfelder.

Ich erläuterte Gesetzgebungsvorhaben der letzten Jahre, wobei ich etwa die Subsidiaritätsrüge Deutschlands gegenüber der Europäischen Kommission hervorhob, mit der insbesondere von Seiten der SPD darauf gedrungen wurde, einer Unterwanderung des Meisterbriefs entgegen zu wirken. Ferner ging ich auf Förderprogramme und eine jüngst verabschiedete Anhebung des Schwellenwertes für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) ein, durch den kleine Mittelständler und Handwerksbetriebe mit Wirkung zum 01. Januar 2018 von Bürokratie entlastet werden.



Ralf Storjohann, Vorsitzender der Wirtschaftlichen Vereinigung Lauenburg, zeigte sich beeindruckt: „Die Berlinfahrt ermöglichte uns einen umfassenden Einblick in die Abgeordnetentätigkeit von Nina Scheer. Die Organisation war hervorragend, verbunden mit einem interessanten und abwechslungsreichen Programm.“

Jörg Zimmer, 2. Vorsitzender der Wirtschaftlichen Vereinigung Geesthacht: „Das war für mich sehr informativ, auch mal die Arbeitszeiten und das Arbeitspensum einer Bundestagsabgeordneten mitzuerleben, was ich bisher sehr unterschätzt habe. Der Dialog mit Nina Scheer um Gedanken auszutauschen, etwa zum Meisterbrief, war sehr fruchtbar. Die Ziele und Vorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für den Mittelstand treffen genau den Punkt, das fand ich sehr gut. Die Informationsfahrten nach Berlin sind ein toller Nachhilfeunterricht in Politik. Hiervon sollten noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger profitieren.“ Und auch Ina Lisa Rathje, Geschäftsführerin WIROBSKI + RATHJE, zeigte sich beeindruckt: „Mich haben die Abläufe – der Zwang zur Arbeitsteilung, damit das notwendige Vertrauen in die Arbeit der Anderen, auch die Kompromisslinien und das Arbeitspensum sehr beeindruckt. Es war super organisiert – alles prima vorgetragen, sehr lebendig – sodass man Lust bekommt mitzumachen.“

An drei Tagen erlebte die Gruppe aus dem Bundestagswahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd das politische und kulturelle Berlin. Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch des Reichstagsgebäudes und eine Führung durch die Dauerausstellung „Alltag in der DDR“. Des Weiteren umfasste der Aufenthalt in der Hauptstadt eine Stadtrundfahrt, ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, den Besuch des Jüdischen Museums und des Denkmals für die ermordeten Juden Europas nahe des Brandenburger Tors.

## Girls'Day 2017

Anlässlich des diesjährigen Girls'Days besuchte mich Anabel Rabe, Schülerin der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg während einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.



Insgesamt 90 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik nahmen an dem Programm der SPD-Bundestagsfraktion teil und erhielten einen vielfältigen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten und die Abläufe des Parlaments. Der Girls'Day ist ein Beitrag zur Sensibilisierung für mehr Chancengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit, denn auch in der Politik brauchen wir mehr Frauen.

Die 16-jährige Anabel zeigte sich beeindruckt von dem umfangreichen Programm: „Es war schön, auf so viele Mädchen zu treffen und mit ihnen und den Abgeordneten gemeinsam über viele verschiedene Themen sprechen zu können. Ich bin froh, gemeinsam mit den anderen Mädels diesen Einblick in die Arbeit vom Bundestag

bekommen zu haben. Uns wurde nochmal deutlich, dass wir wirklich Einfluss nehmen können, wenn wir wollen.“

Parallel zum Girls'Day findet der Boys'Day statt.

## **Neumitglied Bernhard Bucker**

Regelmäßig lade ich Neumitglieder für eine eintägige Hospitanz in die Hauptstadt während einer Sitzungswoche ein.

Am 31. Mai war SPD-Neumitglied Bernhard Bucker aus Stormarn zu Gast. An einem Sitzungstag des Deutschen Bundestages besuchte er den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und eine Plenarsitzung. Im gemeinsamen Gespräch tauschten wir uns über den Arbeitsalltag von Bundestagsabgeordneten sowie aktuelle politische Herausforderungen aus. Bernhard bedankte sich ausdrücklich für die Möglichkeit „hinter



die Kulissen“ des politischen Betriebes schauen zu dürfen.

„Der Wirtschaftsausschuss, dem ich für einige Stunden beiwohnen durfte, zeigte mir, wie die eigentliche Politik funktioniert und wie der Willensbildungsprozess professionell und zügig vonstattengeht“ so Bernhard. „Mir persönlich hat es sehr geholfen, mein Bild von „der Politik“ weiterzuentwickeln und sie ein Stück besser zu verstehen.“

## **Jugend und Parlament 2017**

In diesem Jahr nominierte ich die Schülerin Merle Holst aus Schwarzenbek für das Planspiel Jugend und Parlament.

Vom 27. - 30. Mai 2017 übernahmen rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland die Rolle eines fiktiven Bundestagsabgeordneten und stellten parlamentarische Verfahren nach. Die Jugendlichen im Alter von 17 bis 20 Jahren erhielten die Möglichkeit, die Arbeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Plenardebatten – kennenzulernen.



Nach programmreichen Tagen resümierte die 17-jährige: „Das Planspiel Jugend und Parlament war für mich eine großartige Erfahrung. Als Teilnehmerin konnte ich für vier Tage in die Rolle einer fiktiven Bundestagsabgeordneten schlüpfen und so den Gesetzgebungsprozess von der Einbringung in Fraktionen und Arbeitsgruppen, die Ausschüsse, über die abschließenden Diskussionen in den Fraktionen bis zur Debatte im Plenum erleben. Dabei habe ich viele neue Erkenntnisse über die Arbeit eines Abgeordneten gewonnen und auch miterlebt, wie schwierig Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen und insbesondere zwischen Koalition und Opposition sein können. Meistens gibt es keine einfachen Lösungen, sondern Kompromisse, für die alle Seiten Abstriche für ihre Ziele machen müssen. Auch für mich persönlich war die Veranstaltung eine Weiterentwicklung, denn ich habe mich überwunden, als Sprecherin eines Ausschusses bei der Plenardebatte eine Rede vor den 315 „Abgeordneten“, den ebenfalls anwesenden Besuchern des Reichstages und der Presse zu halten. Darüber hinaus wurde alles live auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) übertragen. Das war wirklich eine Herausforderung. Positiv empfinde ich auch, dass wir es geschafft haben, unabhängig von politischer Einstellung miteinander sachlich zu arbeiten und zu diskutieren, was ein deutliches Zeichen für eine demokratische Zukunft Deutschlands ist.“

Begleitet wurde das Planspiel von einem Team aus Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten, die als kritische Hauptstadtresse fungierten.

Weitere Informationen finden sich unter: [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de)

## **Zu Gast bei Kollegen**

### **... bei Ewald Schurer in Bayern, Fraktion vor Ort zur Energiewende**

Zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung über „Zukunftsfähige und gerechte Energieversorgung - Die Herausforderungen an das EEG“ hatte mich mein Kollege Ewald Schurer nach Zorneding, Landkreis Erding in Bayern eingeladen.

Zuvor besuchten wir eine Windkraftanlage, die nach heutigen in Bayern geltenden Genehmigungsvoraussetzungen nicht mehr gebaut werden könnte, vor Ort aber aufgrund des Beteiligungskonzeptes auf – inzwischen – verbreitete Zustimmung stößt.

Vgl. folgenden Bericht:

<https://vaterstettenspd.de/news/spd-mdb-dr-nina-scheer-besucht-den-landkreis-ebersberg/>

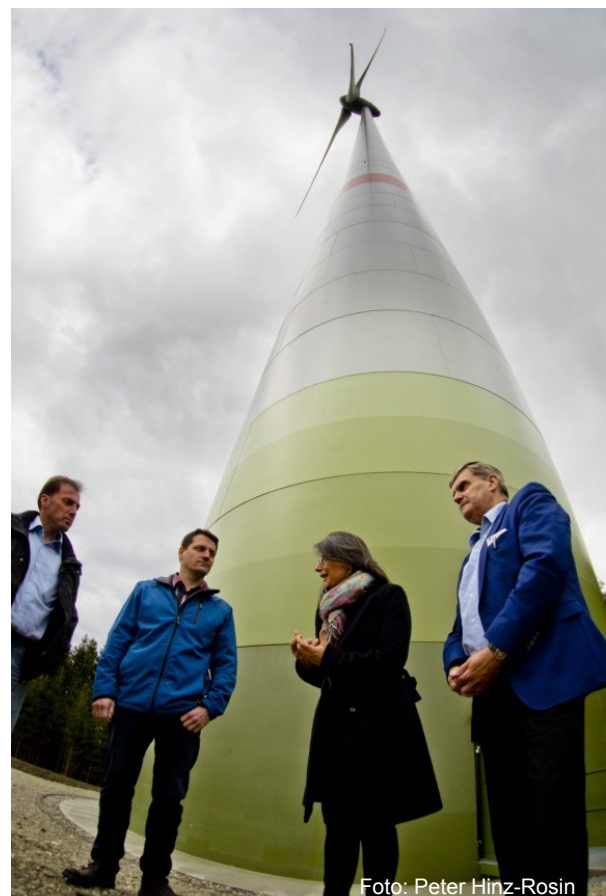


Foto: Peter Hinz-Rosin



## ... bei Martin Rosemann in Tübingen: „Wie weiter mit der Energiewende?“

Auf Einladung meines Kollegen Martin Rosemann diskutierten wir zum Thema „Wie weiter mit der Energiewende?“ mit Bürgerinnen und Bürgern der Region. Ebenfalls auf dem Podium war Klaus Fink vom SonnenEnergie Neckar-Alb e.V., der ein Energieszenario 2030 A für die Region Neckar-Alb vorstellte.



Foto: Helga Krahn-Wagner

Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigten sich enttäuscht von Gesetzesänderungen der letzten Jahre, die auf eine Begrenzung und Erschwerung des Ausbaus Erneuerbarer Energien zielten.

## Eigene Veranstaltungen

### An Schulen zum „Querlesen“

Zum Auftakt meiner neuen Lesereihe ‚Querlesen‘ besuchte ich Anfang April die Gemeinschaftsschule Büchen sowie das Otto-Hahn-Gymnasium in Geesthacht. Weitere Schulbesuche sind in Planung. Mit ausgewählten Texten las ich in Büchen der gesamten neunten Jahrgangsstufe und einer neunten Klasse in Geesthacht vor, um anschließend mit den Schülerinnen und Schülern über Aussagen der Texte und Eindrücke zu diskutieren. Mit Texten wie der Amtseinführungsrede von Donald Trump (in deutscher Übersetzung), Fake-News und Anzeigen gelang es den Schülerinnen und Schülern „zwischen den Zeilen“ zu lesen.



In reger Diskussion arbeiteten die Schülerinnen und Schüler in je einer Doppelstunde unter engagierten Wortmeldungen Intentionen, Effekte, Widersprüche sowie manipulative Textelemente heraus. Das exemplarische Vorlesen einiger Fake-News belastigte aufgrund ihrer Skurrilität. Es hat mich sehr beeindruckt, mit welcher

Aufmerksamkeit die Texte von den Schülerinnen und Schülern aufgegriffen wurden. Ich hoffe, noch weitere solch wertvolle Lesestunden mit ‚Querlesen‘ einrichten zu können.

### **... Diskussionsabend mit Gesine Schwan in Glinde**

Gemeinsam mit der SPD Glinde hatte ich zu einer öffentlichen Diskussion „Zukunft in Europa“ in das Bürgerhaus Glinde eingeladen und als Hauptreferentin die Präsidentin und Mitgründerin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission und zweimalige Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, Prof. Dr. Gesine Schwan zu Gast. Martin Habersaat, MdL moderierte die mit über 80 interessierten Bürgerinnen und Bürgern besuchte Abendveranstaltung.

In meiner Einführung benannte ich einige Themen, anhand derer Reformbedarfe der Europäischen Union zu erkennen seien: Wenn aufgrund der Verhandlungen der Freihandelsabkommen sowohl Intransparenz als auch ein Übergewicht der Europäischen Kommission offenbar werden, sollten wir die europäische Außenhandelspolitik nutzen, um dabei auch die europäische Union zu reformieren. Aufgrund wachsender nationalistischer Strömungen sollten die demokratischen Kräfte Europas anhand aktueller politischer Aufgaben gestärkt werden, etwa auch anhand von Fragen im Umgang mit Flucht, Vertreibung und Integration.



Daran knüpfte Gesine Schwan unmittelbar an. Sie kritisierte Missstände in der europäischen Finanz- und Flüchtlingspolitik und erläuterte Vorschläge. So verwies sie auf ein von ihr mit erarbeitetes Konzept, wonach die Verteilung von Flüchtlingen über direkte, fondsbasierte Förderungen von Kommunen Europas organisiert werden könnte, verbunden mit einer ergänzenden Entwicklungsförderung für solche Kommunen, die sich für eine Mitwirkung an Integration entschieden. Sie begründete den Vorschlag mit der etwa auf Polen gerichteten Beobachtung, wonach die Einstellung zur Aufnahme von Menschen vor Ort bzw. in den Kommunen häufig offener sei, als auf der Ebene nationale Regierungen. Über die Einbindung der Kommunen werde dann ein positives und durch Mitwirkung gezeichnetes Verständnis von Europa gestärkt. In diesem Zusammenhang komme den bereits vielerorts bestehenden Städtepartnerschaften eine neue Aufgabe zu. Dabei verwies ich auf das SPD-Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode, das Ansätze in die Richtung fondsbasierter Förderungen enthalte.



Als nicht nachvollziehbar bezeichneten Gesine Schwan und Nina Scheer wenn von Seiten der EU-Kommission und Angela Merkel nun etwa ein neues Freihandelsabkommen mit Japan vorangetrieben werde, das die gleichen Problempunkte wie bereits TTIP und CETA in Fragen der Transparenz und des Investitionsschutzes sowie der Schiedsgerichtsbarkeit enthalte.

Schwan warb in Bezug auf Deutschland in Europa für eine umfassendere Perspektive und richtete dies auch auf die deutsche Bundesregierung und Finanzminister Wolfgang Schäuble. Deutschland habe die letzte Rate für Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg erst 2015 beglichen. Wie könne sich dann ein deutscher Finanzminister eine derart unnachgiebige, „nationalistisch-moralische“ Haltung gegenüber Griechenland erlauben, dessen Rentnerinnen und Rentner nun bereits die neunte Rentenkürzung zu verkraften hätten? Schwan betonte dabei, dass eine gute Zukunft für Deutschland nur in Europa liegen könne. Anders als Helmut Kohl habe Angela Merkel diese Bedeutung Europas für Deutschland nicht verstanden.

Die Teilnehmenden beschrieben den Abend als ebenso inspirierend wie lehrreich.

## Unterwegs im Wahlkreis

### ... zu Besuch bei Integrationspaten in Barsbüttel

Alle sechs Wochen treffen sich die Integrationspaten der Bürger-Stiftung Barsbüttel, um sich über die Erfahrungen mit „ihren“ Flüchtlingen auszutauschen und über Probleme mit Verwaltungen und Behörden zu berichten. Im April 2017 war die übliche Runde etwas größer als sonst: Gabriela Wurst und Detlef Busch konnten auch Paten aus Oststeinbek begrüßen, Martin Habersaat hatte Ralf Stegner und mich mit eingeladen.



Wir konnten viele Fragen an die Bundes- und Landespolitik klären. Warum muss für einen Umzug nach Hamburg eine Genehmigung in Bad Oldesloe eingeholt werden? Warum berät das Arbeitsamt nicht in Richtung eines Studiums? Welche Ideen gibt es für die Verbesserung der Integrationskurse? Das waren einige der Fragen des Nachmittags.

Eine andere wird die Beteiligten noch länger beschäftigen: Wie schaffen wir es, dass die Arbeit der Flüchtlingspaten von allen Ämtern und Behörden gewertschätzt wird? Darüber will sich die Bürger-Stiftung Barsbüttel Gedanken machen, dazu wollen Martin Habersaat und ich weitere Gespräche führen.

## **... zu Besuch beim „Bauernhof als Ort für Menschen mit Demenz“**

Tiere auf der Weide füttern, im Hühnerstall Eier suchen oder bei der Obsternte helfen – auf dem Alpakahof in Krukow können Menschen mit Demenz mit anpacken. Über den Hof und das Konzept informierten sich die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin a.D. Kristin Alheit beim Besuch der Lokalen Allianz „Der Bauernhof als Ort für Menschen mit Demenz“. Mit dabei war auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Momentan gibt es in Schleswig-Holstein 13 solcher Allianzen und drei Bauernhof-Projekte. Sie sind Teil des Demenzplans, den Schleswig-Holstein als eines der ersten Bundesländer erstellt hat.

## **... auf Einladung der AsF: Manuela Schwesig „Hautnah befragt“**

Manuela Schwesig, nun Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, war als Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend am 20. April 2017 auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Schleswig-Holstein, der SPD Herzogtum Lauenburg und dem SPD Ortsverein Lauenburg zu Gast in Lauenburg, um gemeinsam mit der Landtagskandidatin und heutigen Landtagsabgeordneten Kathrin Wagner-Bockey und mir unter dem Titel „Hautnah befragt“ über Gleichstellungs- und familienpolitische Fragestellungen zu diskutieren.

In den Abend führten die ASF-Landesvorsitzenden Cornelia Östreich und die ASF-Vorsitzende des Kreises Herzogtum Lauenburg Heide Harris ein.

Die 90 Besucherinnen und Besucher diskutieren im Lauenburger „Mosaik“ neben der Kinderbetreuung auch über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich unterstrich dabei, dass nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf mit der Familie zu den Kernaufgaben von Gleichstellungspolitik zähle. So wichtig es ist, die Kinderbetreuung





weiter auszubauen, wie dies von der schleswig-holsteinischen Landesregierung und den Kommunen vorbildlich voran gebracht wird, so wichtig ist es zugleich, auch die Arbeitswelt stärker an Familienbedarfe anzupassen. Manuela Schwesig ging in ihrem Vortrag auf eine Reihe bereits erreichter Veränderungen ein, etwa das jüngst verabschiedete Entgeltgleichheitsgesetz. Sie bemängelte dabei auch die rückwärtsgewandte Haltung des Koalitionspartners, ohne dessen Blockadehaltung man noch viel weiter sein könne, etwa hinsichtlich des Rückkehrrechts in Vollzeit.

## **EU-Projekttag am Gymnasium Schwarzenbek**

Aus Anlass des bundesweiten EU-Projekttags besuchte ich am 22. Mai die Europaschule Gymnasium Schwarzenbek und sprach mit etwa 200 Schülerinnen und Schülern über Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit Europa.



Es war eine intensive Diskussion – über politische Gestaltungsmöglichkeiten bis hin zum Umgang mit neuen Medien und rechtsstaatlichen sowie ethischen Fragestellungen. Die Schülerinnen und Schüler äußerten sich auch mit untereinander gegensätzlichen Betrachtungen, was ich als „Mut zur eigenen Denke und Äußerung“ besonders zu schätzen weiß.

## Mein Team

Traditionell richtet die SPD-Bundestagsfraktion zum Ende eines Plenarjahres ein Hoffest aus – als Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



v.l.: Norman Schumann, Lukas Zeidler, Immo Braune, Antje Wolf, Markus Kuhn, Nina Scheer, Anika Habersaat, Rangel Vasev, (nicht im Bild Fabian Zuber)

## Frauen in der SPD Bundestagsfraktion



Foto: Andreas Amann

## Weitere Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis als auch andernorts bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar:

<http://www.nina-scheer.de>

## **Termine (Auswahl & unter Vorbehalt)**

**Mittwoch, 12. Juli 2017, 16.30 - 18.30 Uhr**

**Nina Scheer lädt ein: Bürgersprechstunde**

Wahlkreisbüro Ahrensburg, Manhagener Allee 17, 22926 Ahrensburg

**Donnerstag, 13. Juli 2017, 19.30 Uhr**

**Nina Scheer lädt ein: kreisübergreifende Ortsvereinsrunde** (nur für SPD-Mitglieder)

SPD-Büro Ahrensburg, Manhagener Allee 17, 22926 Ahrensburg

**Mittwoch, 6. September 2017, Uhrzeit folgt**

**Diskussionsveranstaltung mit Brigitte Zypries und Nina Scheer**

Mosaik Lauenburg, Raiffeisenweg 1A, 21481 Lauenburg Elbe

**Freitag, 08. September 2017, 19.00 Uhr**

**Diskussionsveranstaltung mit Franz Alt und Nina Scheer**

Sitzungssaal Büchen, Amtsplatz 1, 21514 Büchen

**Mittwoch, 13. September 2017, Uhrzeit folgt**

**Blaulichtabend mit THW-Präsident Albrecht Broemme und Nina Scheer**

Ort folgt

**Sonntag, 24. September 2017, 8.00 - 18.00 Uhr**

**Wählen gehen – Bundestagswahl 2017**

In Ihrem und eurem Wahllokal vor Ort.

---

**Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages**

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

**Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin**

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

**Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg**

Tel.: 04102 6916011

**Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht**

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht

---





Foto: Heide Harris



Foto: Peter Hinz-Rosin



Foto: Karl-Heinz Weber



Foto: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR



Foto: Helga Krahn-Wagner



Foto: Andreas Amann



Foto: Andreas Amann



Foto: Steffen Voß



Foto: Heinz Winter

